

Widersprechen und Schweigen: Silencing von muslimischen Stimmen

Dudu Kücükgöl

1. Warum ich sprach und warum ich nun öfter schweige

Als eine Person, die an medialen und politischen Debatten teilgenommen und in der Öffentlichkeit, im Fernsehen oder auf Podien gesprochen hat, haben mich die Folgen meines öffentlichen Sprechens immer wieder beschäftigt. Denn als Muslimin habe ich in öffentlichen, mehrheitlich nicht-muslimischen Räumen nicht nur gesprochen, sondern im Normalfall widersprochen: Ich habe in den 1990er und 2000er Jahren gesprochen und damit dem herrschenden Bild der unterdrückten, sprachlosen und ungebildeten Muslimin widersprochen. Später, nach 9/11, habe ich gesprochen und dem Bild der gewaltbefürwortenden, antidemokratischen und totalitär denkenden Islamistin widersprochen. Mein Sprechen war also immer ein Sprechen gegen herrschende, rassistische und in der Gesellschaft weit verbreitete Vorstellungen.

Ich dachte früher, mein Sprechen würde helfen, Missverständnisse aufzuklären. Ich sprach, weil ich hoffte, es würde etwas verändern, den Rassismus, die Vorurteile oder die Diskriminierung mindern. Ich machte es mir zur Aufgabe, aufzuklären und immer wieder zu den gleichen Fragen Rede und Antwort zu stehen. Tatsächlich war es auch oft so, dass ich mit den meisten Menschen im Dialog und in Gespräch zusammenfand. Wir konnten uns auf ein gutes Zusammenleben, Respekt und Toleranz auf Basis der Menschenrechte einigen.

Nur mit den wenigsten waren Gespräche völlig sinnbefreit. Sie waren ideologisch getrieben oder verblendet. Diese zeigten im Gespräch eher folgende Reaktionen: Da wurde ich als junge Frau belächelt, nicht ernst genommen oder als Ausnahme abgestempelt. Meine Sprechposition wurde als irrelevant abgetan. Doch je mehr Menschen meine Stimme erreichte und je hörbarer ich im Diskurs wurde, umso rauer und aggressiver wurde der Gegenwind.

An diesem Punkt angelangt musste ich meine Naivität ablegen: Manche Menschen hatten Interesse an gesellschaftlichen Spannungen. Rassistische Vorurteile und Diskriminierung waren das Tagesgeschäft von Parteien und politisch Verant-

wortlichen und sorgten dafür, dass man Wahlen gewinnen konnte. Doch viel wichtiger war, dass Rassismus eine große Gruppe von Menschen im Bildungssystem, am Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt und von gesellschaftlicher Partizipation ausschloss. Mit Rassismus können Parteien nicht nur Stimmung machen und Wahlen gewinnen, sie können damit auch die Privilegien ihrer Wählerschaft schützen. Sie können rassistische Gesetze machen und marginalisierte Menschen rechtlich schlechterstellen. Sie können das Schulsystem ungerecht und sozial undurchlässig gestalten, sodass nur wenige es zu höherer Bildung und höherem Einkommen schaffen.

Ich begriff später: Für eine Gruppe von Menschen ging es nie um das bessere Argument, um unser aller friedliches Zusammenleben oder um Aufklärung, sondern um die Aufrechterhaltung eines Systems, das ihre Vormachtstellung gewährleistete.

Indem ich im öffentlichen Diskurs zu Wort kam, viele Menschen erreichte, Zustimmung erfuhr und Änderungen forderte – von dem auch andere, sozial Schwache, Arme und marginalisierte Gruppen profitiert hätten –, schien mein Sprechen in gewisser Weise dieses System zu »gefährden«, dessen Funktion es war, Ressourcen und Chancen einer möglichst kleinen Gruppe zugänglich zu machen.

Vermutlich hat kein Buch meine Gedanken zum öffentlichen Sprechen als Muslimin so sehr beeinflusst wie diese zwei Werke: *Talking Back* (1989) der afro-amerikanischen Theoretikerin, Autorin und Aktivistin bell hooks und *Plantation Memories* (2016) der portugiesischen Theoretikerin und Künstlerin Grada Kilomba. Beide Theoretikerinnen befassen sich in diesen Arbeiten ausführlich mit dem Sprechen bzw. dem Widersprechen aus einer marginalisierten, rassifizierten und weiblichen Perspektive. Beide Quellen bilden den Hauptbezugsrahmen für den vorliegenden Artikel.

Gleich zu Beginn schreibt bell hooks über die harsche Kritik an ihrer ersten Publikation *Ain't I a woman* im Jahre 1981 – benannt nach der gleichnamigen Rede der Abolitionistin Sojourner Truth (1851):

»Ich hatte zwar mit einem Klima des kritischen Dialogs gerechnet, aber nicht mit einer kritischen Lawine, die die Intensität hatte, den Geist zu brechen und zum Schweigen zu bringen. Ich habe seitdem Geschichten über schwarze Frauen, über Frauen of Color gehört, die schreiben und veröffentlichen (selbst wenn das Werk recht erfolgreich ist), die Nervenzusammenbrüche erleiden, die sich verrückt machen, weil sie die harschen Reaktionen von Familie, Freunden und unbekanntem Kritikern nicht ertragen können, oder die verstummen, unproduktiv werden. Sicherlich hat das Fehlen einer humanen, kritischen Antwort enorme Auswirkungen auf den Schriftsteller einer unterdrückten, kolonisierten Gruppe, der sich bemüht, zu sprechen. Für uns ist das Sprechen von Wahrheit nicht nur ein Ausdruck schöpferischer Kraft, sondern auch ein Akt des Widerstands, eine politische Geste, die die Herrschaftspolitik herausfordert, die uns namenlos und

stimmlos machen würde. Als solches ist es ein mutiger Akt – als solcher stellt es eine Bedrohung dar. Für diejenigen, die eine unterdrückerische Macht ausüben, muss das, was bedrohlich ist, notwendigerweise ausgelöscht, vernichtet, zum Schweigen gebracht werden.¹« (hooks 2015: 8)

Als ich *Talking Back* für diesen Artikel wieder gelesen habe, fielen mir Stellen auf, die ich davor überlesen hatte oder als nicht relevant für mich erachtet hatte. Mit neuen Erfahrungen, die ich in der Zwischenzeit gemacht habe, haben neue Stellen des Buches eine größere Bedeutung gewonnen. Beim eben zitierten Absatz über Frauen, die verstummen oder unproduktiv werden, musste ich an ein jüngst geführtes Gespräch denken. Vor wenigen Wochen fand die Tagung »Europas Musliminnen! Musliminnen Europas?« an der Sigmund Freud Privatuniversität statt. Mit einigen Teilnehmerinnen reflektierten wir am Rande der Konferenz, wie es dazu gekommen ist, dass so viele Musliminnen, die früher medial sprachen, nun schweigen. Wir hatten alle die gleiche Beobachtung gemacht: Zu Beginn der 2010er Jahre waren muslimische Aktivistinnen – auch ich – fast wöchentlich in Talkshows, Diskussionsveranstaltungen oder Podien eingeladen. Mit der Zeit war beobachtbar, wie unfair und polemisch die Podien besetzt waren und dass Aufklärung oder Dialog nicht das Ziel solcher Formate war.

Junge Musliminnen argumentierten für ein friedliches Zusammenleben, für die Vereinbarkeit muslimischer und westlicher Identität, für Demokratie und Menschenrechte. Dafür ernteten sie negative Reaktionen und harsche Kritik – nicht inhaltlicher Natur, sondern für ihr Muslimsein. Dieser Hass wird manchmal so erdrückend, dass man nicht mehr sprechen möchte oder kann.

Es war, wie hooks erläuterte: Das Sprechen aus einer unterdrückten Perspektive fordert Politiken der Dominanz heraus und stellt eine Bedrohung für sie dar. Dieses Sprechen muss – aus der Perspektive jener, die Dominanz ausüben – »ausgelöscht, vernichtet, zum Schweigen gebracht werden« (hooks 2015: 8). Jede Person, die diese Dominanz kritisiert, deren Ungerechtigkeit sichtbar macht und damit dieses System gefährdet, muss damit rechnen, zur Zielscheibe gemacht zu werden: Auf öffentliches Engagement oder Sprechen gegen Rassismus und Islamfeindlichkeit folgen mediale, politische und wirtschaftliche Angriffe – diese gehen nicht spurlos an uns vorbei.

Im Folgenden möchte ich darlegen, wie diese Angriffe passieren und wie sie an Intensität zunehmen, je stärker, hörbarer und widerständiger eine Stimme ist. Was Sie hier lesen werden, sind Beobachtungen und muslimische Erfahrungen in meinem aktivistischen Umfeld aus 20 Jahren – ergänzt und erläutert mit postkolonialen, feministischen und antirassistischen theoretischen Perspektiven. Ich verbinde diese Erfahrungen mit manchen Vorgängen, die sich auch in der Operation Luxor

1 Zitate aus englischen Werken wurden von mir ins Deutsche übersetzt.

widerspiegeln, wo starke, antirassistische Stimmen unter Terrorverdacht gestellt wurden. Bis heute arbeiten staatlich finanzierte Institutionen, die weiter unten erwähnt werden, an der Kriminalisierung von MuslimInnen und muslimischen Organisationen. Während hier versucht wird, diese Strategien sichtbar zu machen, gehen ihre Bemühungen weiter.

2. Rassismus hat System

Die Angriffe auf widerständige muslimische Stimmen passieren nicht im luftleeren Raum, sondern in einem Kontext und in einer Gesellschaft, die von Rassismus geprägt ist. Die Realität, die marginalisierte Menschen erleben, ist eine andere als die der Angehörigen der Dominanzgesellschaft. Im Laufe meines akademischen und aktivistischen Daseins habe ich Erfahrungen und Beobachtungen gemacht, die für viele Menschen in Österreich klingen, als seien sie aus einer Art Parallelwelt. Und doch passiert das alles in der Mitte der Gesellschaft und vor den Augen aller: Als eine Person mit sogenanntem Migrationshintergrund aus der Türkei und als sichtbare Muslimin erlebe ich in Österreich Rassismus als Kind, als Jugendliche, als Schülerin, als Studentin, als Schwangere, als Mutter, als Patientin, als Arbeitssuchende, als Arbeitnehmerin, als Wohnungssuchende, als Aktivistin, als Akademikerin, als Referentin, als Touristin, als Radfahrerin, als Schwimmerin, als Restaurantgästin, als Kundin, als Fußgängerin, als U-Bahn-Fahrende, als Im-Bus-Sitzende . . . Ich könnte diese Liste noch länger fortführen, aber vermutlich ist klar, worauf ich hinausmöchte: Es gibt so gut wie keine Rolle in unserem Land, die ich einnehmen kann, ohne dass ich Rassismus erlebe. Genau das macht Rassismus aus.

Rassismus wäre nicht Rassismus, wenn er nicht strukturell wäre. Insofern ist der Begriff »struktureller Rassismus« ein rhetorisches Stilmittel bzw. ein sprachliches Hilfsmittel, um zu verdeutlichen, dass er mehr ist als einzelne rassistische Vorfälle. In den Worten der afroamerikanischen Akademikerin und Bürgerrechtlerin Angela Davis, die den strukturellen Charakter von Rassismus hervorhebt: »Rassismus ist systemisch. Seine Ausbrüche sind keine isolierten Vorfälle.« (Davis 2015)

So verstörend und irritierend Rassismus im Alltag ist, wenn etwa eine Muslimin auf der Straße angespuckt oder beschimpft wird oder wenn die Scheiben einer Moschee eingeschlagen werden: Offener Rassismus wird oft erkannt und von den meisten Menschen als Rechtsextremismus abgelehnt. Tückischer ist der Rassismus, der institutionell bzw. strukturell und damit systemisch passiert – nicht am Rande der Gesellschaft, sondern in der Mitte, in und durch ihre Einrichtungen. Struktureller Rassismus ist das, was die Marginalisierten zu eben jenen macht, der für Ungleichheit im Bildungssystem, am Arbeits- und Wohnungsmarkt führt. Struktureller Rassismus ist der Rassismus, der in den Institutionen unserer Gesellschaft auf Grundlage von Gesetzen, Normen und impliziten Annahmen passiert: Er

ist im Lehrplan enthalten, wenn etwa rassistische und islamfeindliche Inhalte an Schulen unterrichtet werden. Er befindet sich im Studienplan und den Lehrinhalten der zukünftigen LehrerInnen. Das ist der Rassismus, der etwa vonseiten der Polizei ausgeht, wenn rassistische Kontrollen durchgeführt werden oder wenn Menschen aufgrund ihrer äußeren Erscheinung brutaler und gewalttätiger behandelt werden. Der Begriff »struktureller Rassismus« lenkt lediglich den Blick darauf, dass Rassismus nicht einfach passiert, sondern System hat bzw. Teil des Systems ist. Rassismus passiert nicht einfach. Rassismus ist gewollt und er wird mit allen Ressourcen betrieben, die der Dominanzgesellschaft in der Beherrschung der »Anderen« bzw. der »Zu-Anderen-Gemachten« zur Verfügung stehen. Rassismus ist, ebenso wie Sexismus, einer der Grundpfeiler und eines der Ordnungsmerkmale unserer Gesellschaft. Wie die Säulen einer Halle tragen sie zur Aufrechterhaltung der Machtstrukturen unserer Gesellschaft bei.

3. Die Maske der Sprachlosigkeit

Im ersten Kapitel ihres Buches *Plantation Memories* schreibt die portugiesische Theoretikerin und Psychoanalytikerin Grada Kilomba über die »brutale Maske der Sprachlosigkeit« (2016: 14). Bebildert wird der Text mit einer gewaltsamen Grafik: Es ist die Darstellung der versklavten, afrikanischen Adligen Escrava Anastacia (Slave Anastacia), die in Brasilien heute noch als Heilige verehrt wird. Zu sehen ist sie mit einem Eisenkragen um den Hals und einer Mundmaske. Der Anblick ist grausam, entmenschlichend. An diesem Bild und an der Maske arbeitet Kilomba das Thema der Sprachlosigkeit heraus. Offiziell wurde diese Maske dazu verwendet, um Versklavte am Essen zu hindern, wenn sie etwa auf Zuckerrohr- oder Kakao-Plantagen arbeiteten. Die Sklavenhalter würden diese Maske verwenden, wenn sie Angst hatten, bestohlen zu werden. Kilomba beschreibt, dass die primäre Funktion der Maske jedoch das Verhindern des Sprechens war. In einem rassistischen System sei der Mund das Organ, das der Unterdrücker unbedingt kontrollieren muss: »Im Rassismus wird er zum Unterdrückungsorgan schlechthin; Er ist das Organ, das Weiße kontrollieren wollen – und müssen« (ebd.: 14).

Kilomba fragt: Warum muss der Versklavte zum Schweigen gebracht werden? Was befürchtet der Unterdrücker andernfalls zu hören? Und warum gibt er vor, dass er sich davor fürchtet, Ungerechtigkeit – Diebstahl – von den von ihm Versklavten zu erfahren?

Wenn Unterdrückte sprächen, würden Unterdrücker mit der unangenehmen Wahrheit ihrer Brutalität und Unmenschlichkeit konfrontiert werden. Sie müssten die Wahrheit über sich selbst hören, die sie anderen vorwerfen: »Das Schwarze Subjekt wird dann zur Projektionsfläche für das, was das weiße Subjekt fürchtet, an sich selbst anzuerkennen: in diesem Fall, den gewalttätigen Dieb, den tragen und bösar-

tigen Räuber« (ebd.: 16). Es ist kein Zufall, dass sie in diesem Kontext auf Frantz Fanon – einen der Begründer der postkolonialen Theorie – verweist, wenn sie schreibt, dass die Fantasien, die Weiße über Schwarze haben, »verleugnete Aspekte des weißen Selbst« sind, »die auf uns projiziert werden« (ebd.: 17).

Kilomba schreibt, dass der Weiße unglaubliche Angst hätte, dass das kolonisierte Subjekt sprechen würde und er hören müsste, was es zu sagen hat. Die Maske verhindert, dass der Weiße bzw. der Dominanz Ausübende die ungemütliche Wahrheit über sich selbst hören muss.

Ohne Maske könnten sich Unterdrückte verbal wehren. Sie könnten auf die Vorwürfe und die über sie erdachten Lügen antworten. Sie könnten miteinander kommunizieren, sich organisieren, ihre Ansicht verbreiten und möglicherweise Zustimmung erfahren. Deshalb muss der oder die Versklavte bzw. Unterdrückte schweigen. Die Wahrheit darf nicht gesprochen werden. Sie muss aktiv verleugnet werden. Nicht umsonst beschäftigen sich so viele antirassistische und postkoloniale TheoretikerInnen mit dem Akt des Sprechens als Akt des Widerstandes und Widersprechens. Nicht umsonst geht es bei antirassistischer Kunst bzw. Kunst von Marginalisierten oft um das Erzählen und Sprechen aus unserer Perspektive, um das Sichtbarmachen unserer Geschichten, unserer Erfahrungen. Wenn Marginalisierte sprechen, wehren sie sich dagegen, dass über sie gesprochen wird, wie sie dargestellt und entstellt werden. Kilomba verweist auf Fanon: »Ich kann nichts ins Kino, ohne mich selbst zu sehen. Ich warte auf mich.« (Fanon 1967, zitiert nach Kilomba 2016: 18) Wieder sind es treffende Worte, die heute noch beschreiben, wie es mir und vielen MuslimInnen geht, wenn wir in Filmen mit stereotypen Darstellungen konfrontiert sind: Muslime als Extremisten, Sexisten, Frauenschläger; Musliminnen als Opfer in den Fängen von Männern oder als »befreite« assimilierte Frau, die ihre Wurzeln, Familie und Identität aufgegeben hat.

4. Sprechen als Akt der Subjektwerdung

Die Künstlerin und Fotografin Asma Aiad schreibt in ihrem Artikel »Das ver-rückte Bild der muslimischen Frauen in den Medien« über ihre Motivation, warum sie zu fotografieren angefangen hat und wie sie auf der Suche nach Vorbildern nur entstellte und karikierte Versionen von muslimischen Frauen gefunden hat. So nahm sie sich vor, selbst muslimische Frauen vor den Vorhang zu holen und die Bilder zu produzieren, die ihr gefehlt haben:

»Wir haben es satt, dass über uns geredet wird, über uns Studien geschrieben werden, für uns Gesetze gemacht werden und wir ›ausgeforscht‹ werden. Wir sind hier und wir schreiben unsere eigenen Geschichten. Wir sind jetzt am Wort.« (Aiad 2022: 22f.)

Die Selbstermächtigung, das Darstellen und Erzählen der eigenen Geschichte ist für Marginalisierte das Gegenteil von der zugeordneten Rolle als Objekt, über das gesprochen wird. bell hooks schreibt über Sprechen als Form des Widerstands:

»Der Übergang vom Schweigen zum Sprechen ist für Unterdrückte, Kolonisierte, Ausgebeutete und diejenigen, die Seite an Seite stehen und kämpfen, eine Geste des Widerstandes, die heilt, neues Leben und neues Wachstum ermöglicht. Es ist dieser Akt des Sprechens, des ›Widersprechens‹, der keine bloße Geste leerer Worte ist, sondern der Ausdruck unserer Bewegung vom Objekt zum Subjekt ist – die befreite Stimme.« (hooks 2015: 9)

Somit stellen das Sprechen und die Subjektwerdung von Marginalisierten automatisch eine Widerrede bzw. Widerstand gegen diskriminierende Verhältnisse dar. Diejenigen, die Widerrede leisten, wehren sich dagegen, ein fremdbestimmtes, von anderen definiertes Objekt zu sein. Sie sprechen als Subjekte über sich selbst. Sie erzählen ihre eigenen Geschichten und widersprechen den Stereotypen. Ihr Sprechen und ihre Subjektwerdung ist ein widerständiger Akt, wie bell hooks schreibt:

»für Frauen aus unterdrückten Gruppen [...] ist das Sprechen ein Akt des Widerstands. Sprechen wird [...] zu einem Übergangsritus, bei dem man vom Objekt zum Subjekt wird. Nur als Subjekte können wir sprechen. Als Objekte bleiben wir stimmlos – unser Wesen wird von anderen definiert und interpretiert.« (hooks 2015: 12)

Sie führt Beispiele von verschiedenen Autorinnen an, die als Angehörige von unterdrückten Gruppen Sprechen als Widerstand gelebt haben und »die Macht der Sprache als eine Geste der Rebellion und des Widerstands« (ebd.: 14) verstanden haben.

5. Die Subjektwerdung als Bedrohung

Doch was passiert auf der anderen Seite? Während das *talking back*, das Leisten von Widerrede für das sprechende Subjekt einen emanzipierenden Akt darstellt, rezipiert die andere Seite diesen Akt als Kritik an Herrschaftsstrukturen, Kritik an aktuell gültigem Wissen und an (den eigenen) Machtverhältnissen. Die Widerrede ist eine Kritik jener Verhältnisse, die mit so viel Aufwand, nämlich allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Staates, aufrechterhalten werden.

Wie reagieren jene, die erst durch die Objektifizierung und Marginalisierung anderer an der Macht bleiben, auf die Widerrede? Wie reagieren sie darauf, dass ihre Autorität, das von ihnen geschaffene Wissen über die Objektifizierten und Marginalisierten, ihre Herrschaftslegitimation, ihre Vormachtstellung und damit ihre Darstellung der Realität infrage gestellt wird?

Grada Kilomba arbeitet hier wieder mit dem Bild der Maske, um zu zeigen, dass Menschen auch heute noch zum Schweigen gebracht werden. Die »Maske des Schweigens« sieht heute nicht mehr so aus, aber sie existiert; nicht in ihrer physischen Form, sondern in ihrer Funktion des gewaltsamen Mundtotmachens von Unterdrückten (vgl. Kilomba 2016: 26). Wie diese Masken heute für MuslimInnen aussehen, darum geht es in den folgenden Kapiteln.

a. Unsichtbarkeit und Hörbarkeit

Zuerst einmal sind muslimische Subjekte in vielen gesellschaftlichen Bereichen in Österreich unsichtbar und unhörbar. Soziale Faktoren wie Bildung, Armut, politische und gesellschaftliche Partizipation und Zugang zu Ressourcen sind nicht gleich verteilt. Ohne direkte Zahlen zu Religion und Bildung oder Einkommen zu haben, geben folgende Daten einen Einblick in die größten muslimischen Communitys: Die beiden größten muslimischen Bevölkerungsgruppen in Österreich sind Musliminnen türkischer und bosnischer Herkunft (vgl. Filzmaier/Perlot 2017: 9). Diese beiden Gruppen sind bezüglich Bildung einander ähnlich: Nur 5 % der Menschen mit türkischem oder ex-jugoslawischem Hintergrund haben einen akademischen Abschluss, unter Menschen ohne Migrationshintergrund sind es 16 %. Darüber hinaus verfügen 60 % der Eingewanderten aus der Türkei über einen Pflichtschulabschluss als höchste abgeschlossene Ausbildung (ÖIF 2015: 2). Das Einkommen und der sozioökonomische Status der Eltern sind die wichtigsten Faktoren, die den Zugang zu guter Bildung und Karrierechancen festlegen. In Bezug auf die soziale Mobilität braucht es in Österreich fünf Generationen, damit es eine Familie aus dem niedrigsten 10- %-Einkommenssegment zum Durchschnittseinkommen schafft (vgl. Förster/Königs 2020: 7). Sozialer Aufstieg, mehr Repräsentation und Sichtbarkeit in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen scheinen damit fast unmöglich.

Die sozialen Verhältnisse, aus denen die meisten MuslimInnen stammen, erschweren, dass muslimische Stimmen in allen gesellschaftlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Feldern präsent sind. Ein Blick in gesellschaftlich besonders sichtbare Bereiche wie die Medienwelt oder die Politik bestätigt diese Beobachtung: Muslimische Stimmen in Politik und Medien muss man mit der Lupe suchen und wie sehr die wenigen Stimmen, die es dort gibt, dann eine widerständige muslimische Perspektive einbringen, ist noch einmal eine andere Frage.

b. Ungleiche Ressourcenverteilung

Widerständige muslimische Perspektiven stammen in der Regel aus der muslimischen Zivilgesellschaft. Diese Personen leisten oft ehrenamtliche Arbeit für die Community. Sie machen das neben Ausbildung, Studium oder Beruf und nicht als bezahlte, berufliche Tätigkeit. Ihre ehrenamtliche Tätigkeit und ihr öffentliches

Sprechen darüber stellen damit auch ein Stück Privatleben dar, das sie aufgeben und in die Öffentlichkeit tragen. Sie machen sich mit ihrer Identität und ihrem Sprechen angreifbar. Sie wenden unglaublich viel Kraft und Zeit für die undankbare Aufgabe auf, gegen Rassismus einzustehen, der – wie bereits erläutert – mit allen verfügbaren Ressourcen des Staatsapparates gepflegt und gelebt wird.

Kübra Gümüşay beschreibt die Belastung über die immer gleichen Fragen, mit denen sich MuslimInnen im öffentlichen Diskurs plagen müssen, in ihrer Rede zur Konferenz »re:publica 2016« mit folgenden eindringlichen Worten:

»Ich habe keine Lust mehr, diese Fragen auszuhalten. Ich bin 27 Jahre alt. 15 Jahre, über die Hälfte meines Lebens, habe ich damit verbracht, diese Fragen zu beantworten. Zu verteidigen. Zu erklären. Meine Existenz zu rechtfertigen. Eine ganze Generation junger Menschen – Schwarze, Muslime, PoCs – hat es sich zur Aufgabe gemacht, zu erklären, zu verteidigen, zu kommunizieren. Statt Künstlerinnen, Musikerinnen, Ärztinnen, Lehrerinnen – oder einfach nur: Menschen – zu werden, sind wir zu PressesprecherInnen geworden. [...] Ich habe keine Lust mehr Putzfrau der Nation zu sein. Den Gedankendreck anderer zu putzen. Immer und immer wieder. Auf jeden Vorwurf zu reagieren. Selbstverständlichkeiten beweisen zu müssen, wie dass Muslime auch nur Menschen sind.« (Gümüşay 2016)

Wenn sie hier über eine ganze Generation junger Menschen spricht, macht sie damit deutlich, dass es nicht nur um ihre Erfahrung alleine geht, sondern viele Menschen ihre Erfahrung teilen, sich ständig wiederholen und erklären zu müssen, dass »Muslime auch nur Menschen sind«.

Eine andere muslimische Stimme, die inzwischen verstummt zu sein scheint, Betül Ulusoy, schrieb einen Blogeintrag über die immer gleichen Themen in der Islam-Debatte mit dem vielsagenden Titel »Gefangen im Hamsterrad?«:

»11 lange Jahre sind seither vergangen. Damals schon habe ich kindlich und naiv für meine Ideale eingestanden. 11 lange Jahre. Verflogen. Ich schaue in meinen Kalender 2015. Überall sind Vorträge, Konferenzen und Diskussionsrunden eingetragen. [...] Eigentlich schaue ich jedes Jahr aufs Neue in meinen Kalender und denke: Jawohl, wieder so viele Veranstaltungen und Möglichkeiten, etwas zu verändern. Es geht voran. Jedes Jahr mache ich mich mit Elan an die Arbeit und habe die Hoffnung, dass es nicht mehr lange dauern kann. Ja, wie lange dauert das eigentlich noch?« (Ulusoy 2015)

Wenn man zurückblickt, wie viel Engagement diese Frauen in so jungem Alter bereits gezeigt haben und wie viel Kraft und Zeit dieser Aktivismus kostet, ist es ernüchternd und frustrierend, dass sich so wenig ändert. Gegen Rassismus zu kämpfen fühlt sich an, wie gegen Windmühlen zu kämpfen.

Mit ähnlichen Gedanken habe ich einen Blogbeitrag in Anlehnung an den gleichnamigen Hollywood-Film über die endlosen Kopftuchdebatten geschrieben, »Und täglich grüßt das Murmeltier«:

»Immer wieder kommen irgendwelche Akteure mit immer gleichlautenden Phrasen. [...] so ertappe ich mich wieder beim Erklären und bin genervt von meinen eigenen Wiederholungen. Ich bleibe auch nur mehr beim Grundsätzlichen, bei dem, was jedem Menschen einleuchten müsste: Jeder Mensch hat das Recht die Grenzen des eigenen Körpers so zu ziehen, wie er es möchte.« (Kücükgöl 2017)

Was die obigen Zitate verdeutlichen, ist die Müdigkeit und die endende Kraft derjenigen, die sich in den Islamdiskurs öffentlich einbringen. Es ist offensichtlich, dass sie sich zwar immer wiederholen, aber ihre Worte entweder nicht gehört oder nicht ernst genommen werden. Beziehungsweise sind die Worte der Aktivistinnen viel zu leise im Vergleich dazu, wie die rassistische Gegenstimme spricht: aus Zeitungen, aus Parlamenten, aus Ministerien, aus Universitäten, aus Schulen, aus zahllosen Büchern, aus den Nachrichten, aus dem Fernsehen, dem Radio, aus Filmen usw. Die Ressourcen in dieser Debatte sind ungleich verteilt: ehrenamtliche Aktivistinnen als Angehörige einer marginalisierten Gruppe gegen alle der rassistischen Dominanzgesellschaft zur Verfügung stehenden strukturellen und personellen Möglichkeiten.

Und sollte eine muslimische Stimme mal »zu laut« und von vielen Menschen hörbar werden, gibt es genug Möglichkeiten zur Abwehr.

c. Herabwürdigung unseres Wissens und unserer Erfahrungen

Eine der grundlegendsten Abwehrreaktionen gegen das widerständige Sprechen ist ein Selbstläufer: Wenn die Grundlagen mal gelegt sind, erfüllt es die Funktion der Maske für Marginalisierte und Rassifizierte von selbst:

»Es ist nicht so, dass wir nicht gesprochen hätten, aber unsere Stimmen wurden – durch ein rassistisches System – entweder systematisch als ungültiges Wissen disqualifiziert oder von Weißen vertreten, die ironischerweise zu »Experten« über uns selbst werden.« (Kilomba 2016: 26).

Was Kilomba hier beschreibt, ist epistemische Gewalt. Es handelt sich um eine Form von Gewalt, die durch Wissen selbst ausgeübt wird, wenn damit Ungleichheit und Herrschaftsverhältnisse legitimiert werden. Epistemische Gewalt geht vom Wissen selbst aus (vgl. Brunner 2020: 13f.). Kilomba führt diese Gewalt weiter aus:

»Wenn sie sprechen, ist es wissenschaftlich, wenn wir sprechen, ist es unwissenschaftlich; universal/spezifisch; objektiv/subjektiv; neutral/persönlich; rational/emotional; unparteilich/parteilich; sie haben Fakten, wir haben Meinungen; sie haben Wissen, wir haben Erfahrungen« (Kilomba 2016: 26).

Wie oft habe ich all diese Formen der rassistischen/sexistischen Entwertung meines Wissens gehört: Bei meinem Wissen handle es sich eben um persönliche Erfahrungen, die seien subjektiv, nicht universell oder ich sei emotional – immer verbunden mit einer Einschränkung der Gültigkeit meiner Worte. Und wenn ich wirklich gute Argumente hatte und mein Gegenüber gar nichts mehr bringen konnte, dann kam: »Aber du bist eine Ausnahme« oder »Du bist nicht so wie die anderen«. Das hieß in Wirklichkeit nichts anderes, als dass ich und mein Wissen, meine Expertise und meine Existenz irrelevant waren. Man konnte mich und was ich sagte, getrost ignorieren.

Aus psychoanalytischer Perspektive analysiert Fanon dieses Phänomen als kognitive Dissonanz:

»Manchmal haben Menschen eine feste Überzeugung, die sehr stark ist. Wenn ihnen Beweise vorgelegt werden, die gegen diese Überzeugung sprechen, können sie die neuen Beweise nicht akzeptieren. Das würde ein äußerst unangenehmes Gefühl hervorrufen, die so genannte kognitive Dissonanz. Und weil es so wichtig ist, die Kernüberzeugung zu schützen, rationalisieren, ignorieren oder leugnen sie alles, was nicht zu ihrer Kernüberzeugung passt.« (Fanon 1967: 194, z.N. Kilomba, 2016)

Es gibt so viele seit Jahrhunderten verbreitete, einseitige und rassistische Darstellungen von MuslimInnen, dass viele dies für allgemeingültiges Wissen halten. Wir kennen sie aus Filmen: Muslime als Frauenunterdrücker, Musliminnen als Opfer, Muslime als Gewalttäter, Muslime als ungebildete, rückständige Barbaren etc. Wenn MitschülerInnen und KollegInnen MuslimInnen in Schule, Studium oder Berufsleben als ganz normale Menschen erleben, gehen sie davon aus, dass sie die Ausnahme seien. Nicht das Bild, das sie über Muslime haben, wird korrigiert, sondern die muslimische Person, die sie erleben, wird als Ausnahme rationalisiert.

Bei Anti-Rassismus-Seminaren, die ich durchführe, baue ich inzwischen diese Frage als feste Übung ein: »Wer von euch hat schon einmal gehört, er oder sie sei eine Ausnahme?« Im Normalfall heben alle im Raum die Hände und sind verwundert, dass sie das alle schon mal gehört haben. Wir arbeiten dann heraus, was es bedeutet, zur Ausnahme erklärt, rationalisiert und verleugnet zu werden.

Wenn Menschen von Medien, Politik und Bildungseinrichtungen tagein, tagaus mit den immer gleichen Stereotypen gefüttert werden, entwickeln sich genau solche Überzeugungen. Das rassistische Wissen, das ständig über MuslimInnen geschaffen und reproduziert wird, wird so lange und so sehr als Wahrheit und Wissen präsentiert, bis es die meisten glauben. Diese glauben dann so fest daran, dass sie nicht einmal mehr davon abkommen, wenn sie mit ihren eigenen Sinnen etwas anderes wahrnehmen. Rassistische Vorstellungen sind fest als gültiges Wissen verankert und ihre diskursive Gewalt wirkt gegen jeden Muslim und jede Muslimin.

Wir erleben nicht nur Rassismus, sondern kämpfen auch dagegen, dass das, was wir sagen, nicht erst genommen wird oder als Wissen gilt. Eine unsichtbare, aber sehr wirksame und nicht minder gewaltvolle Maske sorgt dafür, dass unser Wissen von der Mehrheit nicht als solches anerkannt oder gehört wird.

d. Einladung – Ausladung

Wenn die muslimische Stimme nun trotz allem doch laut und hörbar ist, Anerkennung und Zuhörerschaft findet, dann werden andere, explizitere Wege zum Silencing angewendet. Aus eigener, erlebter Erfahrung, aber auch aus den Erzählungen vieler muslimischer AktivistInnen weiß ich, dass etwa durch Intervention – nach einem Anruf, einer Beschwerde oder dem Wunsch eines anderen, höhergestellten Teilnehmers oder einer geldgebenden Stelle – muslimische Stimmen von Veranstaltungen, Fernsehdebatten oder Interviews nach zuvor erfolgter Einladung wieder ausgeladen werden.

Im Zuge meiner öffentlichen Auftritte gegen das Islamgesetz ist mir das mit zwei verschiedenen Sendern und einer Zeitung passiert: Begründet wurde es damit, dass der jeweils andere eingeladene Experte oder Politiker nicht mit mir diskutieren möchte. Natürlich hat das sehr viel mit Hierarchie, gesellschaftlicher Stellung und Macht zu tun: Das Medium hat mehr Interesse an der Teilnahme eines Universitätsprofessors oder eines Ministers als einer jungen Aktivistin. Bei einem öffentlich-rechtlichen Sender hat der Minister die Sendezeit alleine bekommen. Der private Sender hat dem Universitätsprofessor einen anderen Gegendiskutanten organisiert. Und das Streitgespräch in einer Zeitung wurde mehrmals verschoben und danach gänzlich abgesagt. Allen drei Fällen ist es gemein, dass meine Stimme damit aus dem öffentlichen Diskurs gedrängt wurde.

Als das neue »Integrationsgesetz« im Jahre 2017 seitens der Regierung vorgestellt wurde, wurde ich in nur einer Woche dreimal in verschiedene Sendungen eingeladen und wieder ausgeladen. Ein anderes Mal hat ein Politiker, ein verantwortlicher Minister, ein Streitgespräch zum Kopftuchverbot mit mir laut Aussage des Journalisten mit folgender Begründung abgelehnt: »Es schaut blöd aus, wenn ich als Mann einer Frau vorschreiben will, wie sie sich anziehen soll.« Die Aussage ist entlarvend: Es war dem Politiker also durchaus bewusst, dass es an sich eine »blöde« Idee war, Frauen vorzuschreiben, was sie anziehen sollen. Doch vielmehr sorgte er sich um die schiefe Optik, wenn er das auch noch direkt im Fernsehen mit mir austragen sollte. Seine Befürchtung galt in Wirklichkeit der Tatsache, dass die ZuseherInnen mit eigenen Augen sehen und hören, wie absurd dieser politische Vorschlag ist. Also lehnte er eine öffentliche Diskussion mit mir ab und nahm damit mir die Möglichkeit, die Absurdität seines politischen Vorschlags vorzuführen. Er begab sich gar nicht erst in die Situation, mit mir diskutieren zu müssen. Durch seine Absage kam es nicht zum besagten Streitgespräch und damit war mir wieder eine

Möglichkeit genommen, meinen Standpunkt öffentlich zu vertreten. Der Minister jedoch hatte natürlich weiterhin alle Möglichkeiten, Zugang zu Medien, Inseraten, Veranstaltungen, Steuergeldern und Ressourcen, um seinen Standpunkt – und seinen alleine – der Öffentlichkeit mitzuteilen – ganz ohne die lästige Störung durch eine betroffene Frau.

e. Die Angst vor den Folgen

bell hooks schreibt über das Sprechen in einer Dominanzgesellschaft:

»In einer Dominanzgesellschaft zu sprechen, ist nicht einfach ein Ausdruck von Freiheit. Wir werden oft durch die Illusion der Redefreiheit getäuscht (sogar diejenigen von uns, die Herrschaft erlebt haben) und glauben fälschlicherweise, dass wir in einer Atmosphäre der Offenheit sagen können, was wir wollen. Es gäbe keine Notwendigkeit, überhaupt davon zu sprechen, dass die Unterdrückten und Ausgebeuteten zu Wort kommen, sprechen und die Realität neu definieren, wenn es nicht Mechanismen des Schweigens, der Unterdrückung und der Zensur gäbe. Ausgehend davon, dass wir in einem Klima der Freiheit sprechen, sind wir oft schockiert, dass wir angegriffen und unsere Worte abgewertet werden.«
(hooks 2015: 16)

Wenn Marginalisierte und Rassifizierte sprechen und ihre Sicht der Dinge darstellen, fordern sie aktuell gültiges und als selbstverständlich geltendes Wissen heraus. Für jene, deren Macht auf der Unterdrückung anderer basiert, ist dieses Sprechen ein Angriff auf den Status quo, auf ihre Vormachtstellung und auf ihren Herrschaftsanspruch. Die Selbstverteidigung der Unterdrückten, der Wunsch der Marginalisierten danach, ihre Version der Geschichte zu erzählen, stellt für die andere, dominierende Seite eine Bedrohung dar, die mit allen notwendigen Mitteln abgewehrt wird: »Wenn man eine Bedrohung darstellt – ist man in Gefahr«, schreibt sie weiter (ebd.: 17).

Zu sprechen bedeutet für MuslimInnen also eine Gefahr: das Aufgeben der eigenen Privatsphäre durch öffentliches Sprechen – noch dazu zu einem hochpolarisierten Thema, bei dem die Folgen Angst machen können. Wie oft haben mich JournalistInnen nach InterviewpartnerInnen gefragt und angemerkt, dass es so schwer sei, MuslimInnen als InterviewpartnerInnen zu finden? Dass der Umgang der Medien und der Öffentlichkeit mit MuslimInnen der Grund für diese Scheu ist, daran wurde vermutlich nicht gedacht. Wie oft habe ich mich zu Auftritten überreden lassen, weil ich Angst hatte, dass sonst niemand spricht?

Wie viele MuslimInnen sind aus der öffentlich-politischen Debatte wieder verschwunden, nachdem sie die Beschimpfungen und Bedrohungen nicht ausgehalten haben oder keinen Sinn mehr im Sprechen gesehen haben? In der Islamdebatte gibt

es öffentlich, politisch und wirtschaftlich nichts zu gewinnen, wenn man gegen den herrschenden, rassistischen Diskurs steht.

Mit der Zeit nahm ich Medienanfragen nicht mehr als Chancen wahr, sondern als Belastung, zu der man sich überwinden musste. Man musste lernen, keine Kommentarspalten über die Berichterstattung zu lesen, die eigenen Social-Media-Profile einzuschränken, keine Kommentare und Privatnachrichten von Fremden zuzulassen und möglichst keine privaten Informationen bekanntzugeben. Ich kann mich erinnern, dass ich in meiner Zeit als Selbstständige wegen einer erhaltenen Drohmail alle öffentlich zugänglichen Seiten mit Firmenregistereinträgen kontaktierte und sie bat, meine Adresse wegen Drohungen rauszunehmen. Unbekannte vor der Haustür oder Briefe ohne Absender haben mich damals in Schrecken versetzt.

Doch es geht nicht nur um die offensichtlichen Beleidigungen und Gewaltandrohungen: Es gibt auch eine Bedrohung auf akademischer, politischer und wirtschaftlicher Ebene. Im rhetorischen und argumentativen Kampf auf dem diskursiven Schlachtfeld gibt es eine unglaubliche Ungleichheit an Mitteln. Auf der einen Seite gibt es Ressourcen, Geld, Personal, politische und mediale Macht sowie Strukturen zur Aufrechterhaltung des Status quo. Dem gegenüber sind AktivistInnen, die über so gut wie keine Ressourcen verfügen: Es handelt sich um marginalisierte Menschen, deren einzige Waffe ihre Geschichte, ihre Perspektive, ihre Worte und die Wahrheit über sich selbst ist. Ihre Wahrheit und ihre Worte wären nichts wert, wenn sie sprächen und es keine Menschen gäbe, die ihnen zuhörten.

Wenn geheime Interventionen bei Medienanfragen oder öffentlichen Veranstaltungen nicht mehr ausreichen, wird größere Gewalt angewendet. Die öffentliche Denunziation ist eine der Möglichkeiten, unliebsame SprecherInnen einzuschüchtern und möglicherweise zum Schweigen zu bringen. Es kommt zu immer stärkeren Angriffen auf die »liberated voice« (vgl. hooks 2015: 16).

Wenn MuslimInnen in der Öffentlichkeit in einer Sprache sprechen, die nicht den herrschenden Diskurs bedient und erste, subtilere Einschüchterungsversuche und Interventionen nicht wirksam genug sind, müssen sie damit rechnen, dass ihnen Islamismus, Nähe zu den Muslimbrüdern, zum politischen Islam, zum radikalen Islam, zu Terrorismus, Jihadismus oder Gewaltbefürwortung vorgeworfen wird. Es ist die einfachste Art, MuslimInnen aus dem öffentlichen Diskurs zu verdrängen. Diese Form der Denunziation wird inzwischen so häufig und reflexartig gegen MuslimInnen eingesetzt, dass der Politik- und Islamwissenschaftler Fabian Goldmann einen satirischen Beitrag darüber geschrieben hat: »11 Schritte zur Vernichtung: So drängen Sie Muslime aus dem öffentlichen Leben.« Darin legt er in 11 analytischen Schritten dar, wie diese Strategie angewendet wird und wozu sie dient, nämlich »den Ruf dieser Person oder Institution öffentlich so sehr zu beschädigen, dass alle Gelder gestrichen, Projekte beendet [werden] und Kooperationspartnerinnen sich abwenden« (Goldmann 2021). Damit stellt die öffentliche Denunziation für

Betroffene eine existenzielle Bedrohung dar: Sie können durch solche Vorwürfe ihre Jobs oder Aufträge, also ihre materielle Lebensgrundlage verlieren.

Die damalige Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli, deren Ernennung wegen ihrer palästinensischen und muslimischen Wurzeln heftige Kontroversen in Deutschland ausgelöst hat, sagte in einem Interview:

»Es gab viel Neugierde und wahnsinnig positive Reaktionen auf meine Arbeit. Auch als mich der damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu seiner stellvertretenden Sprecherin benannte, gab es für diese Entscheidung viel Lob. Dann komme ich nach knapp drei Jahren nach Berlin zurück und meine Eltern werden kriminalisiert, und ich bin auf einmal Islamistin. [...] Jede in der Öffentlichkeit stehende Person muslimischen Glaubens, die offen und selbstbewusst mit ihrer religiösen Zugehörigkeit umgeht, wird diffamiert und diskreditiert.«
(Chebli 2017)

MuslimInnen, die öffentlich sprechen, kennen die Folgen sehr gut, weshalb inzwischen die wenigsten bereit sind, in medialen oder öffentlichen Debatten zur Verteidigung der marginalisierten MuslimInnen zu sprechen. Hier ist die Methode doppelt wirksam: Erstens wird eine unliebsame muslimische Stimme aus der Öffentlichkeit gedrängt. Zweitens sehen andere MuslimInnen, was mit denen passiert, die sprechen, kennen die Folgen des Widersprechens und sind eingeschüchtert, ihre Stimme zu erheben.

6. Wenn subtile Gewalt nicht die erwünschte Wirkung zeigt

Wenn alle anderen bisher genannten Mechanismen nicht ausreichen, um eine muslimische Person zum Schweigen zu bringen, werden weiter reichende Maßnahmen zur Einschüchterung eingesetzt. Hier gibt es eine Reihe von AkteurInnen in Politik, Medien und im Wissenschaftsbetrieb, die diese Agenda in verschiedenen Eskalationsstufen betreiben. In aller Kürze: Zuerst wird etwas im weitesten Sinne Schädigendes behauptet und durch institutionelle Macht zu Wissen oder sogar Wissenschaft erklärt und verbreitet. Einmal in die Welt gesetzt, entfaltet dieses »Wissen« seine Wirkung auf verschiedenste Arten. Parallel dazu werden auf Grundlage des geschaffenen Wissens Politiken angekündigt und politische Maßnahmen gesetzt.

Anhand konkreter Beispiele werden im Folgenden die Akteure und Institutionen in Österreich analysiert, die in Zusammenarbeit miteinander muslimische Stimmen an den Rand drängen und in die Nähe von Extremismus rücken. Nicht selten steht am Ende dieses Prozesses die Kriminalisierung der betroffenen Personen und Organisationen.

a. Lorenzo Vidino

Als die Muslimische Jugend Österreich (MJÖ) in den Jahren 2014 und 2015 gegen das neue Islamgesetz protestierte, war sie in der Öffentlichkeit eine der stärksten Stimmen gegen das Vorhaben der Regierung. Die politische Hauptverantwortung dafür trug Sebastian Kurz als Außen- und Integrationsminister.

Ich schildere hier meine Erlebnisse als damalige Sprecherin der Kampagne gegen den Entwurf des neuen Islamgesetzes: Nach Ankündigung der öffentlichen Kritik am Gesetzesentwurf rief Stefan Steiner, Sektionsleiter von Sebastian Kurz, mich persönlich an und versuchte, die Muslimische Jugend Österreich mit einem Gesprächsangebot von der Abhaltung an der ersten Pressekonferenz am 8. Oktober 2014 abzuhalten.

Die MJÖ entschied sich, nicht zu schweigen, sondern die Bürgerinnen und Bürger über die islamophoben Grundannahmen und schweren Folgen dieses Gesetzesentwurfes mit einer öffentlichen Kampagne aufzuklären. Insgesamt hat die MJÖ innerhalb von drei Wochen drei Pressekonferenzen (08.10., 14.10. und 21.10.2014) veranstaltet und eine parlamentarische Bürgerinitiative ins Leben gerufen (20.10.2014). Es war der MJÖ wichtig, nicht nur Kritik zu üben, sondern auch konstruktiv mitzuwirken. Sie hat einen diskriminierungsfreien und verfassungskonformen Alternativentwurf vorgestellt, der sich an vergleichbaren Gesetzen für andere Glaubensgemeinschaften orientiert hat (Hafez 2017).

Das Treffen mit Steiner fand kurz nach der ersten Pressekonferenz statt. Am Treffen nahm auch ein Mitarbeiter des Kultusamtes teil, der federführend am Gesetzestext mitgewirkt hat. Die Kritik, die wir präsentierten, stammte von Verfassungs- und Religionsrechtsexperten und stieß bei Steiner auf Gleichgültigkeit (Hafez 2019). Auf unsere Argumente wurde nicht eingegangen, sondern nur darauf verwiesen, dass die Verantwortlichen der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) ohnehin zugestimmt hätten. Als Verein hätten wir ohnehin kein Mitspracherecht.

Am 29. Oktober 2014 fand ein weiteres Gespräch der MJÖ-Delegation mit Sebastian Kurz statt, bei dem auch sein Pressesprecher Gerald Fleischmann anwesend war. Unsere Kritik am Entwurf des neuen Islamgesetzes hatte öffentlich viel Unterstützung erhalten. Die drei Pressekonferenzen waren auf viel Resonanz gestoßen und die parlamentarische Bürgerinitiative lief sehr erfolgreich (sie schaffte es damals unter die Top Ten der Bürgerinitiativen bis dahin) – sehr zum Missfallen der politisch Verantwortlichen.

Die konstruktive und demokratische Partizipation der MJÖ wurde als Störung wahrgenommen. Wir würden negative Stimmung verbreiten, die zur Spaltung führt. Unsere – demokratisch legitime und juristisch argumentierte – Kritik wurde mit Propaganda verglichen. Unser Argument, dass das Gesetz MuslimInnen zu BürgerInnen zweiter Klasse macht und dass sich viele Verfassungs- und

ReligionsrechtsexpertInnen ebenfalls besorgt äußerten, prallte an den GesprächspartnerInnen ab.

Mein Eindruck aus verschiedenen Gesprächen mit politisch Verantwortlichen zu dieser Zeit war, dass das Interesse nicht das Entstehen eines guten Gesetzes oder die Verbesserung des Zusammenlebens in unserem Land war. Die einzige Sorge, die ich raushörte, war, dass durch unseren öffentlichen Protest die Arbeit von Sebastian Kurz in negativem Licht stand.

Tatsächlich war unsere Kampagne die erste richtige Herausforderung für Kurz. Die *Wiener Zeitung* titelte nach der ersten Pressekonferenz etwa: »Kurz' erster Härtestest« (Neuhold 2014). Vermutlich war ein Vorhaben von Kurz das erste Mal auf so starken Widerstand gestoßen. Mit Kurz hatten wir bis dahin eine freundschaftliche Beziehung: Wir kannten uns aus der Bundesjugendvertretung und standen in gutem Austausch. Es gab gegenseitige Einladungen zwischen der Jungen ÖVP und der MJÖ. Die MJÖ war eine der frühen Unterstützerinnen von Kurz. Aber es war uns wichtig, zu unseren Prinzipien zu stehen. Dazu gehörte, dass wir uns als vollwertige und kritische BürgerInnen sahen.

Von Anfang an hatten wir das Gefühl, dass das Gespräch nicht auf Augenhöhe war. In meinen eigenen Worten würde ich die Botschaft von Kurz an uns so beschreiben: »Was wollt ihr eigentlich? Was glaubt ihr, wer ihr seid?« Unser Selbstverständnis als vollwertige BürgerInnen wurde offensichtlich nicht geteilt und unser Protest sorgte für Ärger, weil wir öffentlich machten, dass sich IGGÖ und Kurz auf ein diskriminierendes Gesetz geeinigt hatten.

Vor allem der Abschluss des Gespräches sollte uns noch lange in Erinnerung bleiben. Kurz wiederholte innerhalb kurzer Zeit dreimal den folgenden Satz: »Passt auf, was ihr sagt.« Als wir sein Büro verlassen hatten, blickte ich zu meinen KollegInnen und fragte sie: »Kam nur mir das so vor oder hat der uns gedroht?«

Keine zwei Stunden später – noch am selben Abend – erhielten wir die Nachricht von einem Artikel in der Tageszeitung *Heute*: »Hass-Kampagne gegen Islamgesetz« und »Radikale kapern Muslimische Jugend«. »Radikale Postings« sollen auf der Facebook-Seite der MJÖ unter Beiträgen gepostet worden sein. Obwohl die MJÖ-Seite von mehreren Ehrenamtlichen durchgehend betreut wurde, waren die im Artikel erwähnten Kommentare keinem der AdministratorInnen bekannt.

Am nächsten Tag, dem 30. Oktober 2014, gab es eine weitere negative Headline – diesmal in der Zeitung *Österreich*: »Statt Einsatz gegen Radikalisierung – Muslimische Jugend: Aufregung um Postings«. Besonders ekelhaft war die Aufmachung der gesamten Seite: Der Austro-Jihadist Mohammed Mahmoud, blutige Bilder vom Attentat in Boston (2013), Bilder von IS-Soldaten und der MJÖ-Artikel unten bebildert mit einer völlig schwarz verhüllten Frau, die die gleiche Geste machte wie Mohammed Mahmoud. Die Bildunterschrift lautete »Aufregung um MJÖ-Seite« – als würde das Bild von der MJÖ-Seite stammen.

Am 31. Oktober 2014 erschien im *Kurier* ein Artikel und ein neuer Name am österreichischen Islamexperten-Himmel: Im Interview mit der Überschrift »Verdacht der Nähe zu Islamisten« wurde von einem damals in Österreich noch völlig unbekanntem Lorenzo Vidino (siehe Beitrag von Farid Hafez in diesem Sammelband) ein solcher Verdacht gegenüber der MJÖ erstmals geäußert. Am 1. November erschien in der *Österreich-Zeitung* ein weiterer Artikel, der sich nur auf Gerüchte zu beziehen schien: »Islamische Vereine planen Demo vor ÖVP-Parteitag«. Weder die MJÖ noch sonst eine muslimische Organisation hatte so etwas geplant oder auch nur ange-dacht.

Mehrere Tage hintereinander – direkt nach dem Termin mit Kurz – erschienen negative und kreditschädigende Artikel gegen die MJÖ. Wir waren überrascht, weil unser demokratischer Einsatz bis dahin viel Unterstützung erfahren hatte und nun plötzlich so kreditschädigende und falsche Berichte verbreitet wurden.

Wir sahen uns plötzlich gezwungen, anwaltliche Hilfe aufzusuchen und uns juristisch zu wehren. An jenen Tagen haben wir das erste Mal Maria Windhager kontaktiert, die seitdem die Medienanwältin der MJÖ ist und bis heute erfolgreich gegen ehrenbeleidigende und kreditschädigende Artikel sowie falsche Berichterstattung vorgeht. Doch juristische Verteidigung kostet nicht nur unglaublich viel Geld. Ihre Durchsetzung braucht viel Zeit und Geduld.

Der *Kurier* legte am 11. November 2014 mit einem weiteren Vidino-Interview nach: »Österreich ist eine gute Basis für Muslimbrüder«. Neben anderen Personen und Organisationen wurde wieder die MJÖ erwähnt. In den folgenden Jahren wurde Vidino zunächst zu einem der Lieblingsexperten zahlreicher türkischer IntegrationsministerInnen, des Österreichischen Integrationsfonds und schlussendlich der Dokumentationsstelle Politischer Islam. Vidino ist es auch, der eine bedeutende Rolle in der Kriminalisierung von MuslimInnen spielen wird: von diesen ersten *Kurier*-Interviews im Jahre 2014 bis zum gewalttätigen, rechtswidrigen Übergriff auf muslimische BürgerInnen im Zuge der Operation Luxor (Bridge Initiative Team 2021a).

b. Die Heilige Dreifaltigkeit der institutionellen Kriminalisierung: Österreichischer Integrationsfonds, Universität Wien und BVT

In einer Analyse bezeichnet die österreichische Innenpolitik-Journalistin Anna Thalhammer den Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) als »erstes Instrument mit Geld und Personal«, das Sebastian Kurz zur Durchsetzung seiner politischen Vorstellungen hatte (Thalhammer 2022). Der ÖIF ist neben seiner Integrationsarbeit bekannt für seine Thematisierung des Islams. So heißt es: »Der ÖIF hat seine Plattform genutzt, um anti-muslimische Ansichten mittels Gastredner und Berichte zu fördern. Der ÖIF unterstützt die anti-muslimischen Politiken der Österreichischen Volkspartei (ÖVP)« (vgl. Bridge Initiative Team 2020a). Seine ExpertInnen sind oftmals die gleichen Stimmen, die vor »dem Islam« oder »der Is-

lamisierung« warnen und als »KronzeugInnen der Anklage« (vgl. Yasemin Shooman 2014: 100ff.) bzw. als »IslamkritikerInnen« Karriere gemacht haben: Seyran Ates (vgl. Bridge Initiative Team 2019), Necla Kelek, Hamed Abdel-Samad (vgl. Bridge Initiative Team 2020b), Zana Ramadani, Ahmad Mansour (vgl. Bridge Initiative Team 2020c), Saida Keller-Messahli (vgl. Bridge Initiative Team 2020d), Mouhanad Khorchide (vgl. Bridge Initiative Team 2021b), Ednan Aslan (vgl. Bridge Initiative Team 2022) und viele mehr.

Der ÖIF publiziert ein eigenes Magazin, zahlreiche Studien, organisiert Veranstaltungen zum Thema Integration und versucht aktiv, die öffentliche Meinung und das öffentliche Wissen zum Themenkomplex Integration zu beeinflussen, wie etwa Farid Hafez am Beispiel der Studie zu sogenannten islamischen Kindergärten veranschaulichte (Hafez 2020). Immer wieder sorgt der ÖIF durch rassistische Arbeitsweisen und Haltungen öffentlich für Empörung. Eine Broschüre über Gewalt gegen Frauen erlaubte der ÖVP-Frauen- und Integrationsministerin »integrationsfeindliche Auftritte« (Turner 2020).

Der ÖIF wurde mit dem Machtanstieg von Kurz als »Wahlkampfhelfer für MinisterInnen« gewertet (Polak 2020). SOS-Mitmensch-Sprecher Alexander Polak dazu: »Der ÖIF hielt zwar eine Vielzahl an Veranstaltungen zu ›Islam‹, ›Moscheen‹, ›islamistische Radikalisierung‹ usw. ab, eine Veranstaltung zu antimuslimischem Rassismus sucht man jedoch vergeblich.« (Ebd.) Die Studien des ÖIF sind immer wieder Grund für Kritik von akademischer Seite (Ogris 2020; Daase 2020).

Bis zu seinem Abschied aus der Politik im Zuge der ÖVP-Korruptionsaffären saß mit Stefan Steiner einer der engsten Berater und der Chefstrategie von Ex-Kanzler Sebastian Kurz im Aufsichtsrat des ÖIF. Der Skandal rund um die frisierte Kindergarten-Studie von Ednan Aslan aus dem Jahr 2015, die den Stempel der Universität Wien trug, war, dass seine finale Version vermutlich von Steiner bearbeitet und kräftig nachgeschärft wurde (Klenk 2017).

Durch das Auftauchen verschiedener Chats im Zuge von Korruptionsverfahren wurde auch folgende von ihm an den damaligen Kabinettschef im Innenministerium geschriebene Nachricht bekannt: »Ich glaub wir müssen wieder paar fremdenrechtliche Knaller vorbereiten :-))« (Zackzack 2022). Die Chats und seine Involvierung als Scharfmacher in den Endbericht der Kindergarten-Studie von Aslan zeigen, dass in der Integrationspolitik bewusst mit Stimmungsmache, Hetze und Polemik gearbeitet wurde. Die völlig unangebrachten und verstörenden Smileys am Ende der Nachricht deute ich als niederträchtige Freude beim Anzünden des sozialen Friedens.

Einen weiteren solchen »Knaller« lieferte die Studie von Lorenzo Vidino *The Muslim Brotherhood in Austria* (siehe Beitrag von Farid Hafez in diesem Buch). Diese Studie wurde in Kooperation mit der Universität Wien und dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), das dem Innenministerium un-

terstellt ist, erstellt. Die MJÖ hat kurz nach Veröffentlichung des Berichts den Dialog mit den Einrichtungen gesucht und eine Pressekonferenz dazu abgehalten.

Die Universität Wien hat der MJÖ daraufhin schriftlich mitgeteilt, dass Vidino »für eine kurze Zeit als Gastwissenschaftler« tätig war und das Logo der Universität Wien und der Status als Kooperationspartnerin »keine Beteiligung der gastgebenden Institution impliziert« (Muslimische Jugend Österreich 2017a). In einem Gespräch hat sich auch der Verfassungsschutz von Vidinos Bericht distanziert. Der Direktor des BVT und ein Kabinettsmitglied des damaligen Innenministers haben in einem Gespräch angegeben, keinen inhaltlichen Beitrag geleistet zu haben (Muslimische Jugend Österreich 2017b) und dass der Bericht vor allem auf Betreiben des ÖIF durchgeführt wurde (Yasar 2022). Passend zu den obigen Angaben wurde jüngst bekannt, dass dieser Bericht mit 80.000 Euro – also hauptsächlich vom ÖIF – finanziert wurde (Marchart 2022a).

Ein weiteres öffentlich bekannt gewordenes Dokument weist darauf hin, dass dieser Bericht aus dem Umfeld von Sebastian Kurz schon länger geplant worden war: Im geheimen Strategiepapier *Projekt Ballhausplatz* aus dem Jahr 2016 wurde Sebastian Kurz' Übernahme der Volkspartei und das Ziel der Kanzlerschaft Schritt für Schritt geplant (Redl/Toth 2017). Darin findet sich ein Unterpunkt »Muslimbruderschaft-Studie & Salafistenstudie (in Planung)« (Marchart 2022b). Als engster Vertrauter von Sebastian Kurz soll Stefan Steiner das Projekt Ballhausplatz geleitet haben (Österreichisches Parlament 2021).

Dass der erste Bericht, den Vidino zu Österreich auf Betreiben des ÖIF und in Kooperation mit dem Verfassungsschutz und der Universität Wien verfasst hat, zeugt von der tiefen institutionellen Verwurzelung und Verwobenheit des antimuslimischen Rassismus: Der ÖIF unter türkiser Führung war die politisch treibende Kraft hinter dem Bestreben der Kriminalisierung von muslimischen Stimmen. Die Universität Wien verlieh diesen islamfeindlichen Bemühungen den Anschein der Wissenschaftlichkeit (Hafez 2018). Durch die Involvierung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) wurde es zu einem dringlichen und bedrohlichen Thema der Landessicherheit. Wie sich anhand von Dokumenten nachzeichnen lässt, wird das BVT später Vidinos Bericht als Grundlagendokument zur Vorbereitung der Operation Luxor heranziehen.

In Bezug auf die Universität Wien ist es wichtig zu erwähnen, dass Heinz Faßmann 2010 noch als Dekan Vorsitzender des »Expertenrats für Integration« wurde. 2011–2017 war er Vizerektor, bis ihn Sebastian Kurz als Bildungsminister für seine Regierung gewinnen konnte. Damit gab es eine enge Beziehung zur Universität Wien und hier insbesondere guten Kontakt mit Ednan Aslan.

Bei einer solch orchestrierten und breit angelegten Anstrengung zur Herstellung eines bestimmten »Wissensstandes« kommt man nicht umhin, an das Konzept der Hegemonie von Gramsci zu denken. Es ist die von Gramsci beschriebene Herstellung eines gesellschaftlichen Konsenses, hier zum »politischen Islam«, die sicht-

bar wird: »Um zu ›herrschen‹ muss eine gesellschaftliche Gruppe Zustimmung organisieren, also ›führen.« (Opratko 2019: 112) Opratko führt zwei wichtige Kategorien von Gramsci im Kampf um die Hegemonie aus: den Alltagsverstand und die Gruppe der Intellektuellen. Intellektuelle verschiedener Gruppen versuchen durch Argumente, Selbstverständlichkeiten herzustellen, und kämpfen um Deutungshegemonie (ebd.: 112–113).

Wenn wir diese Überlegungen mit dem Team rund um Sebastian Kurz, dem ÖIF samt seinen Veranstaltungen, der Universität Wien und dem Innenministerium verbinden, wird klar: Hier wurde nichts dem Zufall überlassen. Es geht um Wissen(schaft)sproduktion für parteipolitische Zwecke. Mit verschiedenen Events, Publikationen, ExpertInnen und wissenschaftlichem Anstrich, aber auch durch das Spiel mit der Angst nutzte eine kleine Gruppe alle staatlichen Ressourcen und Macht, um ihre eigene, islamfeindliche Sicht der Dinge zur Selbstverständlichkeit für die Allgemeinheit zu machen.

In Anlehnung an George Orwells Roman 1984 könnte man den ÖIF auch das »Wahrheitsministerium« nennen: Die rassistische und islamfeindliche Weltsicht einer herrschenden Gruppe wird mit viel Ressourcen und Aufwand zu Allgemeinwissen gemacht. Durch die verbreitete Propaganda soll Konsens hergestellt und die Marginalisierung von gesellschaftlichen Gruppen wie MuslimInnen, Geflüchteten oder nicht-weißen MigrantInnen befürwortet werden.

c. Die Dokumentationsstelle Politischer Islam

2020 erweiterte die ÖVP in Koalition mit den Grünen ihren Handlungsspielraum zur weiteren Marginalisierung und Denunzierung von MuslimInnen um die sogenannte Dokumentationsstelle Politischer Islam (Hafez 2022a, 2022b). Der Fonds heißt mit offiziellem Namen »Österreichischer Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischem Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam)« und bedient ausschließlich das Thema »Politischer Islam« (Österreichisches Parlament 2020).

Lorenzo Vidino, der sich 2017 mit seinem Bericht *The Muslim Brotherhood in Austria* verdient gemacht hat, ist im wissenschaftlichen Beirat dieser neu geschaffenen Einrichtung². Medial tritt er oft an der Seite von Integrationsministerin Susanne Raab auf. Wie der ÖIF ist auch diese Einrichtung bemüht, ihrer Arbeit einen möglichst wissenschaftlichen, objektiven Anstrich zu verleihen. Der wissenschaftliche Beirat setzt sich aber hauptsächlich aus ExpertInnen zusammen, denen bereits der

2 Lorenzo Vidino als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Dokumentationsstelle Politischer Islam: <https://www.dokumentationsstelle.at/uber-uns/> (letzter Abruf: 25.10.2022, 15:31).

ÖIF und andere türkische Ministerien eine Plattform geboten haben, wie etwa Susanne Schröter, Mouhanad Khorchide, Heiko Heinisch, Kenan Güngör und Elham Manea. Die Grüne Nationalratsabgeordnete Faika El-Nagashi bezeichnete in einem Kommentar die Besetzung des Beirats als »tendenziös« und kritisierte, dass »abermals diejenigen zu (Haus- und Hof)Expert*innen gemacht« wurden,

»die schon zuvor auf Bestellung (durch die ÖVP-Hochburg ÖIF) die (wissenschaftliche) Legitimation für Skandalisierung, Diffamierung, Ausgrenzung, Kriminalisierung, politische Diskursverschiebung – kurz: für antimuslimischen Rassismus – geliefert haben« (El-Nagashi 2020).

Spätestens seit dem Skandal mit der »Islam-Landkarte« von Ednan Aslan – auch ein Projekt mit Wurzeln an der Universität Wien (Marchart/Sulzbacher 2021) – ist national wie international die ideologische Getriebenheit der Dokumentationsstelle hinreichend bekannt. Der Europarat kritisierte die Islam-Landkarte in einer Stellungnahme als »muslimfeindlich« und »kontraproduktiv« (Europarat 2021). Der Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner, Pinchas Goldschmidt, forderte die österreichische Regierung »nachdrücklich auf, ihre Verpflichtungen zur Achtung der Rechte auf Vereinigungsfreiheit, freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit einzuhalten« (Goldschmidt 2021). Die *Washington Post* titelte: »Muslim groups in Austria fear attacks after government publishes map of mosques.« (Farzan 2021)

Die unangebrachte und unkritische Nähe mancher im Beirat der Dokumentationsstelle Politischer Islam vertretenen WissenschaftlerInnen zur Politik verdeutlicht folgendes Beispiel besonders eindrücklich: Der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats der Dokumentationsstelle Politischer Islam, Mouhanad Khorchide, begleitet Integrationsministerin Susanne Raab in seiner Rolle oft bei Presseauftritten und veröffentlicht Beiträge für die Einrichtung. In einem »Interview in Zahlen« im Jahre 2020 gab er dem Magazin *Das Biber*, gefragt nach seiner Bewertung der Arbeit von Integrationsministerin Susanne Raab, folgende Antwort: ein Foto von ihm mit einem ausgestreckten Zeigefinger mit dem Text »mit einem glatten Einser« (Das Biber 2020). Es stellt sich die Frage, ob Raab in der Politikgestaltung den Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats folgt oder ob der wissenschaftliche Beirat so zusammengestellt wurde, dass er möglichst ihre politischen Vorgaben erfüllt.

Wenig überraschend für das Umfeld, in dem er sich bewegt, ist – wie Vidino – auch Khorchide in die Ermittlungen rund um die Operation Luxor verwickelt. Nicht nur wurde er vom BVT als Zeuge vernommen, sondern er war auch Zeuge in einem Verleumdungsverfahren eines anderen als Zeugen geführten Mannes, der von zwei Betroffenen der Operation Luxor wegen übler Nachrede verklagt wurde. Der Richter hielt offenbar weder den Angeklagten noch seinen Zeugen Khorchide für glaubhaft oder gehaltvoll genug und verurteilte den Angeklagten wegen übler Nachrede in erster Instanz (Möseneder 2022). Interessant in diesem Kontext ist, dass Ednan Aslan

ebenfalls zu den Zeugen des Angeklagten gehörte. In seinem Fall hielt es der Richter sogar für erforderlich, schriftlich im Urteil festzuhalten, dass seine Aussagen »wenig glaubwürdig« waren (Landesgericht für Strafsachen Wien 2022).

d. Auf Denunziation folgt Kriminalisierung

Als Vidinos Bericht im Jahre 2017 erschien, würdigte ihn das Bundesministerium für Inneres (BMI) mit einer Presseaussendung. In der Presseaussendung gibt es eine Passage, die ich und einige andere als Bedrohung gelesen haben:

»Die Muslimbrüder zielen auf eine Spaltung der Gesellschaft und eine Stärkung des Einflusses des politischen Islam ab«, so Studienautor Vidino. So würde etwa eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam kategorisch als »Islamophobie« abgelehnt. »Das geht bis hin zur Rechtfertigung von Gewalt – eine Haltung, die ein förderndes Umfeld für Radikalisierung darstellt.« Anti-muslimische Vorfälle würden in den letzten Jahren zunehmend auch in Österreich von islamistischen Kreisen bewusst überzeichnet und zur verstärkten Propagierung einer »Wir gegen Sie«-Haltung genutzt. »Gerade vor dem Hintergrund des starken Anstiegs von islamischer Radikalisierung in Europa muss die Verbreitung des Narratives der Muslime als Opfer mit Sorge betrachtet werden«, betont Studienautor Vidino.« (Bundesministerium für Inneres 2017)

Gleich nachdem ich diese Aussendung gelesen hatte, habe ich damals Farid Hafez angerufen. Ich war irritiert, schockiert, aber auch besorgt: »Farid, die meinen uns. Und sie meinen dich. Kannst du dir das vorstellen? Die meinen dich persönlich!« Bis vor kurzem und im Jahre 2017 jedenfalls war Farid Hafez einer der wenigen im öffentlichen Diskurs in Österreich, der den Begriff »Islamophobie« verwendete. Farid brachte damals schon zwei jährliche Publikationen zur Islamophobie heraus: das Jahrbuch für Islamophobieforschung und den Europäischen Islamophobie-Bericht. Alle, die sich mit dem Umfeld des antimuslimischen Rassismus beschäftigten, wussten, dass das Innenministerium per Aussendung Farid Hafez bzw. seine Arbeit zu einer Sicherheitsbedrohung erklärt hatte (siehe den Beitrag von Hafez in diesem Buch zur Kriminalisierung von Islamophobieforschung).

In einem Artikel über sprachliche Gewalt zitierte ich 2019 diese Aussendung des BMI und schrieb dazu:

»Kritik an Rassismus wird nicht selten entweder kriminalisiert oder in ein extremistisches Licht gerückt. [...] Nicht diejenigen, die islamfeindlich agieren, würden die Gesellschaft spalten und Gewalt ausüben, sondern jene, die auf den steigenden, antimuslimischen Rassismus hinweisen, würden den Boden für Extremismus bereiten. Das ist ein gewaltiger Vorwurf im Diskurs und geht in Richtung

Kriminalisierung von Stimmen, die auf rassistische Strukturen und Tendenzen verweisen.« (Kücükgöl 2019: 91)

Ob Farid zum Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels bereits observiert und abgehört wurde? Dass es nicht nur »in Richtung Kriminalisierung ging«, sondern um schwere Vorwürfe wie Terrorverdacht oder staatsfeindliche Verbindung, ahnte jedenfalls niemand.

Ich wünschte, ich hätte damals beim Telefongespräch mit Farid und beim Schreiben des Artikels Unrecht gehabt. Aber nur ein Jahr nach dem Artikel und drei Jahre nach der Veröffentlichung der Studie von Vidino, am 9. November 2020, wurde Farids Zuhause in den frühen Morgenstunden von militarisierten Einheiten der WEGA (Wiener Einsatzgruppe Alarmabteilung) und des Einsatzkommandos Cobra gestürmt, seine Frau und seine kleinen Kinder von schwer bewaffneten und maskierten Männern im Rahmen einer Anti-Terror-Operation, der Operation Luxor, brutal überfallen.

In der Anordnung zur Sicherstellung, die ihm ausgehändigt wurde, steht:

»Der Politikwissenschaftler Dr. Hafez Farid ist Vortragender an der Universität Salzburg und bezeichnet sich selbst als Islamophobieforscher. Dr Hafez Farid ist Mitherausgeber des sogenannten European Islamophobia Reports, eines Sammelbands von Länderberichten europäischer Staaten, der den Anspruch hebt, die sogenannte Islamophobie in Europa zu erfassen.«³ (Akte der Operation Luxor, ON 263: 126)

Die »sogenannte Islamophobie« soll wohl bedeuten, dass diese eigentlich nicht existiert. Faktum ist, dass Farid Hafez zu diesem Zeitpunkt habilitiert und Lehrender an der Universität Salzburg war. Es ist interessant, wie das BVT die allesamt nicht habilitierten Experten Aslan, Khorchide und Vidino bzw. die nicht einmal promovierten GutachterInnen Heiko Heinisch und Nina Scholz als ExpertInnen anerkannt hat, sich in der Kriminalisierung auf sie beruft, während es Farids Expertise und akademische Titel verleugnet bzw. verächtlich macht.

Die gegen Farid erhobenen Vorwürfe in den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft lesen sich wie krude, islamfeindliche Verschwörungstheorien. Farid Hafez wird vorgeworfen:

»Die Errichtung islamistischer Enklaven in Europa, den Sturz des ägyptischen Regimes von General as-SISI, die Wiedererlangung der Macht in Ägypten, die Zerstörung des Staates Israel, sowie die Errichtung eines vorerst Ägypten und die

3 Sofern aus Akten zitiert wird oder Informationen wiedergegeben werden, stammen diese Informationen aus den mir vorliegenden Akten der Staatsanwaltschaft Graz zur Operation Luxor, zu denen ich über Beschuldigte bzw. deren Anwälte Zugang erhalten habe. Diese Akten werden mit der Nummerierung der Staatsanwaltschaft Graz angegeben.

angrenzenden Länder umfassendes, letztlich sogar weltweiten Kalifates (islamischer Gottesstaat), auf der Grundlage der Scharia (islamisches Gesetz) mit Jerusalem als Hauptstadt nach Zerstörung des Staates Israel, umzusetzen.« (Ebd.)

Mir fällt es bei so viel Absurdität schwer, den Text ernst zu nehmen. Doch die Gewalt ist echt, diese absurden Texte und Vorwürfe entstammen der Feder eines Staatsanwalts und wurden von einem Richter am Landesgericht Graz bewilligt. Derselbe Richter hat Farids Antrag zur Einstellung des Verfahrens im April des Jahres 2022 – nach eineinhalb Jahren – abgewiesen. Die Begründung liest sich wie eine Fortsetzung der Anordnung zur Hausdurchsuchung:

»Die Tätigkeit des Beschuldigten im Rahmen der Erstellung des so bezeichneten Islamophobie-Reports und dessen Tätigkeit bei der Bridge-Initiative der Georgetown Universität bezweckt die Verbreitung des Kampf-Begriffs ›Islamophobie‹ mit dem Ziel, dadurch jede kritische Befassung mit dem Islam als Religion und insbesondere der von der Muslimbruderschaft verbreiteten politischen Ideologie des Islamismus zur Errichtung eines islamischen Staates, als rassistisches Verhalten im Sinne des Kunstbegriffs eines ›antimuslimischen Rassismus‹ oder als krankhaftes Verhalten im Sinne einer massiven Angststörung gegenüber dem Islam als Religion zu denunzieren. Die Begriffe ›Islamophobie‹ und ›politischer Islam‹ werden im Zusammenhang mit der Bestrebung zur Errichtung eines islamischen Parallelstaates beschrieben.« (Landesgericht für Strafsachen Graz, 2022)

Der Richter bezeichnet ein Forschungsfeld und einen wissenschaftlichen Begriff nicht nur abwertend als Kampf- oder Kunstbegriff, sondern er unterstellt der Verwendung des Begriffes auch eine Bestrebung zur Errichtung eines ›islamischen Parallelstaates«. Selbst das Oberlandesgericht Graz hat sich von diesem Gerichtsbeschluss letztendlich distanziert. Wenn das alles nicht zu ernst, zu beängstigend, zu traurig und zu dramatisch wäre, ich würde darüber lachen. Einem Wissenschaftler die Beschäftigung mit seinem Forschungsfeld als Terrorismus und Staatsfeindlichkeit auszulegen, ist nicht nur die Missachtung von Wissenschaftsfreiheit, sondern die strafrechtliche Verfolgung von wissenschaftlicher Tätigkeit. Dass dieser Umstand in Österreich auf keinen Aufschrei gestoßen ist, zeigt leider auch, wie sehr MuslimInnen bereits entmenschlicht sind. Unter den etwas mehr als 350 UnterzeichnerInnen eines Protestbriefes zur Unterstützung von Farid Hafez fanden sich gerade einmal 19 Namen aus Österreich⁴.

4 Mit einem offenen Brief wandten sich fast 350 AkademikerInnen und JuristInnen an die Öffentlichkeit und verurteilten den Angriff auf Farid Hafez und die Freiheit der Wissenschaft: <https://www.supporthafez.com/open-letter/>

e. Die Kontinuität vom ÖIF zur Operation Luxor

Wie bereits erwähnt, diente der Bericht Vidinos aus dem Jahre 2017 als einer der Ausgangspunkte und Grundlagendokumente für die Operation Luxor. Darauf deutet die Nummerierung der Staatsanwaltschaft jedenfalls hin: Vidinos Bericht hat die Ordnungsnummer 8 und ist damit eines der ersten Dokumente des sehr umfangreichen Aktes. Laut der Aktenübersicht wurden die ersten Akten mit den Ordnungsnummern 1–8 am 30. August 2019 angelegt. Der Eingangsstempel der Staatsanwaltschaft für die deutsche Übersetzung von Vidinos Bericht ist interessanterweise mit 30. April 2018 datiert. In welchem Kontext der Bericht 2018 ins Deutsche übersetzt und in welchen Akt er aufgenommen wurde, ist nicht bekannt; ebenso wenig, warum der Bericht zwei Jahre nach seiner Veröffentlichung den Ausgangspunkt für Ermittlungen darstellt.

Im Jänner 2020 ersuchte die Staatsanwaltschaft Graz das LVT Graz um Kontaktaufnahme und die Befragung von Lorenzo Vidino, weil er »Kenner der Muslimbruderschaft speziell in Österreich sei« (ON 15 vom 27.01.2020 und ON 16 vom 30.01.2020). In der Folge wurde Vidino vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) gegen Übernahme der Reisekosten und eine Nächtigung im März 2020 als »Zeuge« nach Österreich eingeflogen und einvernommen.

Wenig später wurden zwei weitere »ExpertInnen« aus dem Umfeld von Sebastian Kurz und dem ÖIF in den Fall involviert: Heiko Heinisch und Nina Scholz wurden im April 2020 als Sachverständige bestellt. Während etwa bei Vidino die Kommunikation und die Anweisung zur Kontaktaufnahme in den Akten zu finden sind, wird das Gutachterduo Heinisch und Scholz erstmals erwähnt. Warum hier zwei journalistisch tätige Akteure zu Sachverständigen ernannt werden und wie die Kommunikation verlief, ist nicht dokumentiert.

Erwähnenswert ist hierbei, dass mehrere gerichtliche Urteile zum Gutachten festhalten, dass sich beide nicht in der Liste der gerichtlich beeedeten Sachverständigen befinden (Landesgericht für Strafsachen Wien 2022; Oberlandesgericht Graz 2021). Im Urteil des Landesgerichts für Strafsachen Wien steht etwa:

»Zum Gutachten Scholz/Heinisch (ON 139, 144 in ON 7) und zur Studie Vidino (=N 8 in ON 7) ist schließlich festzuhalten, dass sich die Genannten nicht in der Liste der gerichtlich beeedeten Sachverständigen befinden und diese Expertisen zu erheblichen Teilen auf Sekundärquellen und deren Bewertung durch die Autoren aufbauen. Diesen sind ebenfalls keine konkreten Beweismittel im Sinne von Aussagen oder Handlungen [...] zu entnehmen.« (Landesgericht für Strafsachen Wien 2022)

In mehreren Urteilen macht das Oberlandesgericht Graz (2021) keinen Hehl daraus, wie wenig es von der Arbeit von Heiko Heinisch, Nina Scholz und Lorenzo Vidino hält:

»Dazu trägt auch das Gutachten Scholz/Heinisch nicht bei, entwickelt es seine Argumentation doch selbst primär bloß aus (der Sache nach) Mutmaßungen über mehrere Ecken darüber, dass [...] (primär in der Studie Vidino) nachgesagt wurde [...].«

An anderer Stelle kommt das Oberlandesgericht Graz in seiner Beweiswürdigung zum Ergebnis, dass die »unter anderem auf der Vidino-Studie und Nachgesagtem aufbauende Einschätzung im Gutachten Scholz/Heinisch« als Beweismittel vor Gericht ungeeignet sind. Inzwischen ist das Gutachterduo wegen des Anscheins der Befangenheit abgesetzt (Reibenwein 2022).

7. Schlussbemerkungen

Mit diesem Artikel war es mir ein Anliegen aufzuzeigen, wie MuslimInnen und antirassistische Stimmen durch verschiedene subtilere und explizitere Formen von Gewalt mundtot gemacht werden sollen. Diese Gewalt geht nicht nur von Einzelpersonen aus, sondern von staatlichen und staatlich finanzierten Einrichtungen. Die Bemühungen, widerständige muslimische Stimmen zum Schweigen zu bringen, sind in diesem gezielt, koordiniert und sorgfältig orchestriert. Wie ein Team spielen verschiedene Personen und Institutionen zusammen und leisten Vorarbeit für den jeweils nächsten Schritt. Die Foucault'sche Verschränkung von Wissen und Macht schreit uns direkt entgegen: Mit Macht ausgestattet, produzieren Institutionen Wissen. Auf Grundlage dieses Wissens üben andere Institutionen Macht aus.

Es ist verwunderlich bzw. fast schon bemerkenswert, mit wie viel Aufwand, Steuergeldern, Personal, Institutionen und Gewalt die Arbeit eines Akademikers sowie anderer zivilgesellschaftlicher AkteurInnen verfolgt wird. Ich komme nicht umhin zu fragen: Überschätzen diese Institutionen uns so maßlos oder unterschätzen wir uns? Wie fragil muss dieses System der Ungerechtigkeit und das Lügengerüst sein, auf dem die Vormachtstellung einiger weniger beruht, dass es sich so schnell bedroht fühlt und zu solch extremen Maßnahmen greift? Wie sehr müssen sie die Wahrheit, dass MuslimInnen auch nur Menschen sind, fürchten? Ist unsere Stimme so revolutionär, dass sie dermaßen gefürchtet ist?

Literatur

- Aiad, Asma (2022): Das ver-rückte Bild der Musliminnen in den Medien. In: Abuzahra, Amani/Aiad, Asma/Shakir Amena (Hg.): Österreichs Musliminnen. 15 ausdrucksvolle Einsichten. Wien: Al Hamra Verlag.
- Bridge Initiative Team (2019): Factsheet Seyran Ates, Georgetown University, online verfügbar auf: <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-seyran-ates/> (letzter Zugriff: 13.12.2022).
- Bridge Initiative Team (2020a): Factsheet: Austrian Integration Fund (Österreichischer Integrationsfonds, ÖIF), Georgetown University, online verfügbar auf: <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-austrian-integration-fund-osterreichische-integrationsfonds-oif/> (letzter Zugriff: 13.12.2022).
- Bridge Initiative Team (2020b): Factsheet: Hamed Abdel-Samad, Georgetown University, online verfügbar auf: <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-hamed-abdel-samad/> (letzter Zugriff: 13.12.2022).
- Bridge Initiative Team (2020c): Factsheet: Ahmad Mansour, Georgetown University, online verfügbar auf: <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-ahmad-mansour/> (letzter Zugriff: 13.12.2022).
- Bridge Initiative Team (2020d): Factsheet Saida Keller-Messahli, Georgetown University, online verfügbar auf: <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-saida-keller-messahli/> (letzter Zugriff: 13.12.2022).
- Bridge Initiative Team (2021a): Factsheet: Lorenzo Vidino, Georgetown University, online verfügbar auf: <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-lorenzo-vidino/> (letzter Zugriff: 13.12.2022).
- Bridge Initiative Team (2021b): Factsheet: Mouhanad Khorchide, Georgetown University, online verfügbar auf: <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-mouhanad-khorchide/> (letzter Zugriff: 13.12.2022).
- Bridge Initiative Team (2022): Factsheet: Ednan Aslan, Georgetown University, online verfügbar auf: <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-ednan-aslan/> (letzter Zugriff: 13.12.2022).
- Brunner, Claudia (2020): Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne. Bielefeld: transcript Verlag.
- Bundeskanzleramt (ohne Datum): Österreichischer Integrationsfonds. Ziele und Aufgaben. Online verfügbar auf: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/integration/oesterreichischer-integrationsfonds.html> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Bundesministerium für Inneres (2017): Internationaler Extremismus-Forscher: Muslimbruderschaft auch in Österreich aktiv und stark vernetzt. Presseaus-sendung vom 14.09.2017, online verfügbar auf: https://www.ots.at/presseaus-sendung/OTS_20170914_OTSo161/internationaler-extremismus-forscher-musli

- mbruderschaft-auch-in-oesterreich-aktiv-und-stark-vernetzt (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Chebli, Sawsan (2017): Auf einmal bin ich Islamistin. Interview mit Anker, Jens/ Fahrn Joachim in der Berliner Morgenpost vom 10.03.2017, online verfügbar auf: <https://www.morgenpost.de/berlin/article209883959/Sawsan-Chebli-Auf-einmal-bin-ich-Islamistin.html> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Daase, Andrea (2020): Deutschlernen schwer gemacht. Presseausendung vom 26.10.2022, online verfügbar auf: https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20201026_OTSo006/deutschlernen-schwer-gemacht (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Davis, Angela in: When I see them I see us (2015): Black-Palestinian Solidarity Video. Online verfügbar auf: https://www.washingtonpost.com/video/world/w-hen-i-see-them-i-see-us/2015/10/15/c8f8aa40-72c2-11e5-ba14-318f8e87a2fc_vid_eo.html (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Das Biber (2020): Interview in Zahlen mit Mouhanad Khorchide. Das Biber vom 26.11.2020, online verfügbar auf: <https://www.dasbiber.at/content/herr-khorchide-wie-viele-radikale-imame-gibt-es-oesterreich> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- El-Nagashi, Faika (2020): Respekt statt Rassismus. Facebook-Post vom 18.09.2020, online verfügbar auf: <https://www.facebook.com/elnagashi/photos/a.620130354821519/1760456880788855/> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Europarat (2021): Publication of Austria's »Islam map« is hostile to Muslims and potentially counterproductive, online verfügbar auf: <https://www.coe.int/en/web/antisemitic-anti-muslim-hatred-hate-crimes/-/publication-of-austria-s-islam-map-is-hostile-to-muslims-and-potentially-counterproductive> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Fanon, Frantz (1967): Black Skin White Masks. New York, Grove Press.
- Farzan, Antonia Noori (2021): Muslim groups in Austria fear attacks after government publishes map of mosques. In: Washington Post vom 29.05.2021, online verfügbar auf: <https://www.washingtonpost.com/world/2021/05/29/austria-islam-map/> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Filzmaier, Peter/Perlot, Flooh (2017): Muslimische Gruppen in Österreich. Einstellungen von Flüchtlingen, ZuwanderInnen und in Österreich geborenen MuslimInnen im Vergleich. Wien, Österreichischer Integrationsfonds (Hg.).
- Förster, Michael/Königs, Sebastian (2020): Promoting Social Mobility in Austria. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 251, online verfügbar auf: https://www.oecd-https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/promoting-social-mobility-in-austria_1e0efdcc-en (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Goldmann, Fabian (2021): 11 Schritte in die Vernichtung: So drängen Sie Muslime aus dem öffentlichen Leben, online verfügbar auf: <https://www.schantall-und->

- scharia.de/11-schritte-zur-vernichtung-so-drangen-sie-muslime-aus-dem-offentlichen-leben/ (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Goldschmidt, Pinchas (2021): »Islam-Landkarte« derzeit vom Netz: Kritik hält an. Interview mit der Katholischen Presseagentur Österreich vom 03.06.2021, online verfügbar auf: <https://www.kathpress.at/goto/meldung/2029431/islam-landkarte-derzeit-vom-netz-kritik-haelt-an> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Grada, Kilomba (2016): *Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism*. 4. Auflage, Münster: Unrast Verlag.
- Gümüşay, Kübra (2016): *Organisierte Liebe*. Transkript der Rede online verfügbar auf: https://igbildendekunst.at/bildpunkt_/liebe-organisieren-ein-appell/ (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Gümüşay, Kübra (2020): *Sprache und Sein*. Berlin: Carl Hanser Verlag
- Hafez, Farid (2017): Muslim Protest against Austria's Islam law. An Analysis of Austrian Muslim's Protest against the 2015 Islam Law. In: *Journal of Muslim Minority Affairs*, 37, 3, 267–283.
- Hafez, Farid (2018): Muslim Civil Society under Attack: The European Foundation for Democracy's Role in Defaming and Delegitimizing Muslim Civil Society. In: Iner, Derya/Esposito, John (Hg.): *Islamophobia and Radicalization: Breeding Intolerance and Violence*, Palgrave, 117–137.
- Hafez, Farid (2019): Der Protest österreichischer MuslimInnen gegen das Islamgesetz 2015. In: Dautovic, Rijad/Hafez, Farid (Hg.), *Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich. 1909 – 1979 – 2019*, New Academic Press, 329–351.
- Hafez, Farid (2020): Rassismus im Bildungswesen: Zur Disziplinierung des muslimischen »Anderen« im Bildungswesen am Beispiel des Diskurses zu islamischen Kindergärten in Österreich. In: Oberlechner, Manfred/Heinisch, Reinhard/Duval, Patrick (Hg.): *Nationalpopulismus bildet? Lehren für Unterricht und Bildung*, Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag, 100–122.
- Hafez, Farid (2022a): Criminalizing Muslim Agency in Europe. The case of »Political Islam« in Austria, Germany, and France, In: *French Cultural Studies*, 1–16.
- Hafez, Farid (2022b): Das Dispositiv »Politischer Islam« in der österreichischen Bundespolitik. In: *Frankfurter Zeitschrift für Islamisch-Theologische Studien*, Vol. 6 (Islam im politischen Feld), 121–142.
- hooks, bell (2015 [1989]): *Talking Back. Thinking Feminist, Thinking Black*. New York: Routledge (2015).
- Klenk, Florian (2017): Frisiersalon Kurz. Der Falter 27/12 vom 04.07.2017, online verfügbar auf: <https://www.falter.at/zeitung/20170704/frisiersalon-kurz>
- Kücükgöl, Dudu (2017): Kopftuch-Debatten oder: »Und täglich grüßt das Murmeltier«, online verfügbar auf: <https://www.dasbiber.at/blog/kopftuch-debatten-oder-und-taeglich-gruesst-das-murmeltier> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Kücükgöl, Dudu (2019): Spricht sie noch oder schweigt sie schon? Silencing-Strategien gegen muslimische Frauen in der feministischen Praxis. In: Heinemann,

- Alisha/Khakpour Natascha (Hg.): Pädagogik sprechen – Die sprachliche Reproduktion gewaltvoller Ordnungen in der Migrationsgesellschaft, Berlin: J. B. Metzler/Springer Verlag.
- Kununu (2021): Bewertung einer ehemaligen Führungskraft, online verfügbar auf: <https://www.kununu.com/at/oeif/bewertung/5a5fb3de-4916-426a-8fa5-56f5c467b995> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Landesgericht für Strafsachen Graz (2022): Urteil vom 07.04.2022, 22 HR 44/20x
- Landesgericht für Strafsachen Wien (2022): Urteil vom 02.11.2022, 111 Hv 50/21t
- Marchart, Jan Michael (2022a): Eines der größten Verfahren Österreichs zum politischen Islam droht zu scheitern. In: Der Standard vom 02.07.2022, online verfügbar auf: <https://www.derstandard.at/story/2000137004922/eines-der-groessten-verfahren-oesterreichs-zum-thema-politischer-islam-droht> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Marchart, Jan Michael (2022b): Umstrittene Razzien gegen angebliche Muslimbrüder werden Thema im ÖVP-U-Ausschuss. In: Der Standard vom 18.07.2022, online verfügbar auf: <https://www.derstandard.at/story/2000137532615/die-umstrittenen-razzien-gegen-angebliche-muslimbrueder-werden-thema-im-oevp> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Marchart, Jan Michael/Sulzbacher, Markus: Uni Wien distanziert sich von »Islam-Landkarte« und untersagt Logoverwendung. In: Der Standard vom 28.05.2021, online verfügbar auf: <https://www.derstandard.at/story/2000126984340/uni-wien-distanziert-sich-von-islamlandkarteund-untersagt-logoverwendung> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Meinhart, Edith (2022): Österreichischer Integrationsfonds: Warum alle Nigierianer? In: profil vom 01.03.2022, online verfügbar auf: <https://www.profil.at/oesterreich/oesterreichischer-integrationsfonds-warum-alle-nigierianer/401919469> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Möseneder, Michael (2022): Prozess um üble Nachrede: »Luxor«, Boulevard und Muslimbrüder. In: Der Standard vom 01.08.2022, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000137942423/prozess-um-ueble-nachrede-luxor-boulevard-und-muslimbrueder> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Muslimische Jugend Österreich (2014): Klarstellung zu den falschen Berichten. Pressemitteilung vom 31.10.2014, online verfügbar auf: https://www.mjoe.at/articles/article/klarstellung-zu-den-falschen-berichten/?fbclid=IwAR3LchL-_EXWmNcHiyIaY38-u15P9vz51GZt6mRH3FlcBrIRcYYnBHNbEs (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Muslimische Jugend Österreich (2017a): Mail der Universität Wien, online verfügbar auf: https://www.mjoe.at/uploads/media/BEILAGE_Uni_Wien_unbeteiligt.pdf (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Muslimische Jugend Österreich (2017b): Unterlagen zur Pressekonferenz anlässlich der Veröffentlichung von Lorenzo Vidinos Bericht, online verfügbar auf: h

- <https://www.mjoe.at/uploads/media/PRESSESTATEMENT.pdf> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Neuhold, Clemens (2014): Kurz' erster Härtetest. In: Kurier vom 08.10.2014, online verfügbar auf: https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oes-terreich/667289-Kurz-erster-Haertetest.html?em_cnt_page=1 (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Oberlandesgericht Graz (2021): Urteil vom 17.11.2021, 8 Bs 303/21a und weitere.
- Ogris, Günther (2020): »Soziale Brennpunkte«: Wertlose Forschung mit verzerrendem Effekt. Kommentar im Standard vom 22.07.2020, online verfügbar auf: <https://www.derstandard.at/story/2000118897814/soziale-brennpunkte-wertlose-forschung-mit-verzerrendem-effekt> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Opratko, Benjamin (2019): Im Namen der Emanzipation. Antimuslimischer Rassismus in Österreich. Bielefeld: transcript Verlag.
- Österreichischer Integrationsfonds (2015): Fact Sheet 18: Migration und Bildung, Wien.
- Österreichisches Parlament (2020): Parlamentarische Anfrage zur Dokumentationsstelle Politischer Islam von Yannick Shetty und KollegInnen. 3743/J XXVII. GP, online verfügbar auf: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J_03743/fnameorig_841110.html (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Österreichisches Parlament (2021): Communiqué des Untersuchungsausschusses betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkisch-blauen Bundesregierung (Ibiza-Untersuchungsausschuss) (1/US XXVII.GP). Online verfügbar auf: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00171/fnameorig_949085.html (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Polak, Alexander (2020): Integrationsfonds auf Abwegen. In: MO Magazin für Menschenrechte, Nr. 60, 03/2020, Wien, SOS Mitmensch.
- Redl, Josef/Toth, Barbara (2017): »Projekt Ballhausplatz«. In: Der Falter 38/17 vom 19.09.2017, online verfügbar auf: <https://www.falter.at/zeitung/20170919/projekt-ballhausplatz> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Reibenwein, Michaela (2022): Causa Muslimbrüder: Gutachter wurden enthoben. In: Kurier vom 27.06.2022, online verfügbar auf: <https://kurier.at/chronik/oes-terreich/causa-muslimbrueder-gutachter-wurden-enthoben-operation-luxor-heiko-heinisch/402055072> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Rieger, Lisa (2018): Wertekurs in Wien: »Österreich war Opfer im Zweiten Weltkrieg«. In: Der Kurier vom 02.03.2018, online verfügbar auf: <https://kurier.at/chronik/wien/integrationstrainer-sagte-oesterreich-war-opfer-im-zweiten-weltkrieg/312.552.390> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Shooman, Yasemin (2014): »... weil ihre Kultur so ist«. Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: transcript Verlag.

- Thalhammer, Anna (2022): Causa Kurz: Integrationsfonds im Fokus. Die Presse vom 18.11.2022, online verfügbar auf: <https://www.diepresse.com/6217328/causa-kurz-integrationsfonds-im-ermittlerfokus> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Thurner, Ingrid (2020): Täter und Täterinnen. Gewalt gegen Frauen und ihre Ursachen. In: Wiener Zeitung vom 16.02.2022, online verfügbar auf: <https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2085593-Taeter-und-Taeterinnen.html> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Ulusoy, Betül (2015): Gefangen im Hamsterrad? Weil wir Hoffnung haben, online verfügbar auf: <https://betuelulusoy.com/2015/01/27/gefangen-im-hamsterrad-weil-wir-hoffnung-haben/> (letzter Zugriff: 12.12.2022).
- Washington Post (2021): Muslim groups in Austria fear attacks after government publishes maps of mosques. Artikel vom 29.05.2021, online verfügbar auf: <https://www.washingtonpost.com/world/2021/05/29/austria-islam-map/>
- Yasar, Canan (2022): Persönliches Interview der Autorin mit Canan Yasar, Wien am 18.08.2022.
- Zackzack (2022): BMI-Chats 2: »Fremdenrechtliche Knaller«. Zackzack-Artikel vom 20.01.2022, online verfügbar auf: <https://zackzack.at/2022/01/20/bmi-chats-2-fremdenrechtliche-knaller> (letzter Zugriff: 12.12.2022).

